

## Tschechien

VLADIMÍR HANDL / KRISTINA LARISCHOVÁ

Die politische Lage in der Tschechischen Republik (CR) blieb stabil dank der fortbestehenden parlamentarischen Zusammenarbeit der Minderheitsregierung der Sozialdemokraten mit der stärksten oppositionellen Kraft, der Demokratischen Bürgerpartei.<sup>1</sup> Auch die KSCM unterstützte indirekt und ansatzweise die Minderheitsregierung und minderte damit ihre politische Isolation. Trotz einer relativ guten Regierungsbilanz waren bis zu zwei Drittel der Bevölkerung mit der Politik und den Politikern nicht zufrieden, was eine Herausforderung für die Parlamentswahlen (Juni 2002) darstellte. Die ursprünglich erfolgreiche Koalition von vier oppositionellen Parteien der Mitte zerfiel.<sup>2</sup> Die Wahlgesetznovelle vom Dezember 2001 begünstigt die größeren Parteien.<sup>3</sup>

Die Wirtschaftsentwicklung war durch das Wachstum von über 3% bei 5% Inflation und 8,5% Arbeitslosigkeit geprägt. Dank der Wirtschaftslage und der Investitionsförderung wurde Tschechien zum Favoriten für Direktinvestitionen unter den Beitrittsländern. Reallöhne sowie Arbeitsproduktivität stiegen leicht an. Die Stärke der tschechischen Krone, das wachsende Staatshaushaltsdefizit und die Struktur der Zahlungsbilanz gaben aber zunehmend Anlass zur Sorge.<sup>4</sup> Die Regierung vollendete die Bankprivatisierung, setzte weitere Privatisierungsprojekte fort und entwickelte eine aktivere Arbeitsmarktpolitik. Das kontroverse Revitalisierungskonzept einiger Großbetriebe (der sog. „big bang“) blieb bescheiden.

Die Beziehungen gegenüber den Regionalpartnern (Deutschland, Österreich, Ungarn) wurden durch die Forderungen, die sog. Benesch-Dekrete aufzuheben, belastet, was auch die Visegrad-Zusammenarbeit negativ beeinflusste. Die kontroversen Aussagen von Premierminister Zeman<sup>5</sup> und Vorschläge des Parlamentspräsidenten Klaus waren innenpolitisch umstritten und außenpolitisch kontraproduktiv. In Prag bestand jedoch ein Konsens darüber, dass die sog. Benesch-Dekrete zwar weiterhin gültig seien, allerdings „konsumiertes Recht“ darstellten und somit keine neuen Rechtsstatsachen schaffen könnten. Der Streit um das AKW Temelin wurde dank des tschechischen Zugeständnisses, im Rahmen des Melk-Prozesses die Umweltverträglichkeitsprüfung dem künftigen Beitrittsvertrag beizufügen, beigelegt.<sup>6</sup>

### *Öffentliche EU-Debatte*

Alle im Parlament vertretenen politischen Parteien unterstützen den Beitritt zur Europäischen Union (EU), auch wenn die ODS immer wieder über alternative Sze-

narien nachdachte und die KSCM sich noch nicht festgelegt hat. Die tschechische Politik fühlte sich zum ersten Mal direkt aufgefordert, sich in der Debatte zur Zukunft der EU zu positionieren. Alle Parteien einigten sich darauf, dass die EU effizienter, das demokratische Defizit aufgehoben, die Kompetenzen klar abgegrenzt und die Rolle der nationalen Parlamente erhöht werden sollten. Über diese Positionen hinaus, blieb die Spaltung der politischen Szene weiter bestehen. Die CSSD, die Parteien der Mitte und Präsident Havel sprachen sich für eine europäische Verfassung und eine föderalistische Ausrichtung der EU aus; die KSCM tendierte zu einem konföderativen Modell. Die ODS machte die EU zu einem zentralen Wahlthema, betonte das Modell der Regierungszusammenarbeit und forderte eine „quasi-Verfassung“, die das schleichende Anwachsen von EU-Kompetenzen verhindern soll.

Für die tschechische Öffentlichkeit war allerdings nicht die Zukunft der EU, sondern der tschechische EU-Beitritt das Hauptthema. Anfang 2002 hätten 46% der Befragten für den Beitritt und 19% dagegen gestimmt.<sup>7</sup> Die Skepsis gegenüber der EU wurde durch die EU-Position auf dem Gebiet der Personenfreizügigkeit, die Spaltung der innenpolitischen Szene, die Auseinandersetzungen mit Österreich über das AKW Temelin und den Streit um die sog. Benes-Dekrete verursacht. Die Informationsstrategie bezüglich des EU-Beitritts wurde Ende 2001 intensiviert und fokussierte auf praktische Fragen einer EU-Mitgliedschaft.

### *Regelmäßiger Bericht der Europäischen Kommission<sup>8</sup>*

Der Bericht 2001 fiel positiv aus. Die CR wurde erstmals als eine funktionierende Marktwirtschaft eingestuft. Der Bericht verwies auf Fortschritte im Bereich der Staats- und Selbstverwaltung sowie die Reform des Gerichtswesens. Das Gesetz zum Staatsdienst wurde allerdings erst im Frühjahr 2002 dem Parlament vorgelegt. Die fiskale Konsolidierung, die Strukturreformen und die Privatisierung sowie die Restrukturierung des Bankwesens und der übriggebliebenen Staatsunternehmen muss fortzusetzen werden. Kritisch wurden die Subventionen in die Stahlbetriebe betrachtet. Große Probleme stellen Korruption und Wirtschaftskriminalität, Frauen- und Kinderhandel sowie die Umsetzung der Instrumente zur Verbesserung der Minderheitenlage (u.a. der Romabevölkerung) dar. Die Rechtsharmonisierung auf dem Binnenmarkt ist fortgeschritten, auch wenn es Mängel im Bereich des freien Personen- und Kapitalverkehrs gibt.

### *Die Beitrittsvorbereitungen*

Ende Oktober wurde die sog. Euronovelle der Verfassung vollendet, die es ermöglicht, einige Befugnisse von den Staatsorganen auf die internationale Ebene zu übertragen. Im Februar 2002 wurde das Volksabstimmungsgesetz zum EU-Beitritt von der Abgeordnetenkammer gebilligt. Die Regierung beschloss die Schaffung der notwendigen administrativen und institutionellen Vorbedingungen für die Übertragung des *acquis communautaire* in den Bereich der Regionalpolitik. Die Anpassung des Gesetzes über die Vergabe von öffentlichen Aufträgen ist in der Vorbereitungs-

phase und eine Novelle des Bürgerlichen Gesetzbuchs soll die EU-konforme Garantie beim Verbrauchswaren einführen. Obwohl 60% der Betriebe noch Anfang 2002 keine eigene Entwicklungsstrategie hinsichtlich des Beitritts hatten<sup>9</sup>, überwiegen unter den tschechischen Firmen positive Erwartungen.

### *Beziehungen zur EU*

Im Jahre 2001 erzielte die tschechische Wirtschaft die besten Ergebnisse im EU-Handel.<sup>10</sup> Der Export stieg um 14% und der Import um 11%. Die CR war nicht imstande, die Mittel aus den EU-Fonds (Phare, ISPA und SAPARD) in vollem Umfang auszunutzen. Die EU kritisierte die Politik für die unzureichende Nutzung der bereitgestellten Finanzmittel und akkreditierte die tschechische SAPARD-Agentur erst im April 2002. Der Gipfel von Laeken wurde in Prag im Sinne eines Einstiegs in die interne Debatte über die Zukunft der EU begrüßt und die Teilnahme am Konvent als eine völlig neue Dimension der Annäherung an die EU bewertet.

### *Beitrittsverhandlungen*

Die CR konnte bis Ende April 25 Verhandlungskapitel vorläufig schließen. Sie hat insgesamt über 20 Übergangsfristen gefordert, die überwiegend technischer oder finanzieller Natur sind. Im Kapitel freier Kapitalverkehr setzte Prag eine siebenjährige Übergangsfrist hinsichtlich des Erwerbs von Forst- und Agrargrundstücken durch (Juni 2001). Im freien Personenverkehr (Oktober 2001) ist es der CR gelungen, das Recht auf eigene Schutzmaßnahmen zu wahren. Im Kapitel Umwelt vereinbarte Prag Übergangsfristen in den kapitalintensiven Bereichen. Die Einigung mit Österreich bezüglich des AKW Temelin ermöglichte den Abschluss des Kapitels Energie (Dezember 2001), wobei der tschechischen Politik die konstruktive Rolle von Kommissar Verheugen in dieser Frage sehr hilfreich war. Das Kapitel Verkehr blieb offen, da Prag die EU-Position in der Kabotage-Frage als unbegründet ablehnte. Der Kommissionsentwurf zum finanziellen Rahmen der Erweiterung wurde von der tschechischen Regierung kritisiert. Während die Struktur- und Kohesionsfondszahlungen wenig Kritik hervorriefen, wurden die Maßnahmen im Agrarbereich abgelehnt. Dabei sei die Chancengleichheit wichtiger als die eigentliche Höhe der Direktzahlungen. Prag beabsichtigte eine Erhöhung der Produktionsquoten zu erzielen und die Gleichheit durch nationale Subventionen herzustellen.

Der Resolutionsentwurf des Europäischen Parlaments über Tschechien wurde als voreingenommen und willkürlich wahrgenommen, da sich 5 von 13 Absätzen mit den sog. Benesch-Dekreten befassen. Die ODS forderte eine „Sicherheitsgarantie“ bezüglich der Dekretengültigkeit, die zu einem Teil der Beitrittsverhandlungen werden sollte. Dies wiesen sowohl die Regierung als auch die Europäische Kommission zurück.

### Schlussfolgerungen

Die Position der CR unter den am weitesten fortgeschrittenen Beitrittsländern hat sich im Jahre 2001-2002 gefestigt. Die Regierung und das Parlament haben einen effektiven Modus der Zusammenarbeit entwickelt, der die Rechtsangleichung erleichterte und die Euronovelle der Verfassung ermöglichte. Die positive Wirtschaftslage, der heranrückende EU-Beitritt, große Privatisierungsprojekte sowie staatliche Investitionsförderungen haben die Attraktivität des „Standorts Tschechien“ erhöht. Als Herausforderungen bleiben die Restrukturierung u.a. der Stahlindustrie und des Bankwesens, das wachsende Staatshaushaltsdefizit, die Zahlungsbilanzstruktur sowie die starke Währung. Obwohl in der tschechischen Politik ein allgemeiner Konsens bezüglich des EU-Beitritts herrschte, blieben die Meinungen in Fragen der weiteren Gestaltung der EU gespalten. Die defensive Haltung im Bezug auf die Gültigkeit der Präsidentendekrete zeigte, wie belastend jegliche Instrumentalisierung historischer Fragen für den EU-Beitritt sein können.

### Anmerkungen

1. ODS – Demokratische Bürgerpartei; CSSD – Tschechische Sozialdemokratische Partei; KSCM – Kommunistische Partei Tschechiens und Mährens; KDU-CSL – Christlich-Demokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei; US – Freiheitsunion.
2. Die übriggebliebene Zweier-Koalition besteht aus der KDU-CSL und der US, die sich mit der Demokratischen Union (DEU) vereinigte.
3. Sie führt 14 Wahlkreise und die klassische d'Hondt-Methode ein, die Sperrklausel für Wahlkoalitionen wurde erhöht.
4. Das Staatshaushaltsdefizit 2001 betrug ca. 67 Mrd. CZK, das Handelsdefizit 120 Mrd. CZK; im April 2002 fiel das Euro unter die Grenze von 30 CZK.
5. Vor allem sein Interview für die österreichische Zeitschrift Profil (21.1.2002), im Februar sein Interview für die israelische Zeitung Haarec.
6. Conclusions of the Melk Process and Follow-up, Brussels, 29 November 2001, [www.mzv.cz](http://www.mzv.cz).
7. Knapp die Hälfte der Bevölkerung war im März für den EU-Beitritt und fast ein Fünftel dagegen. (tschech.), Ceske noviny (Tschech. Zeitung), 6.5.2002.
8. [www.europa.eu.int/comm/enlargement/report2001/index.htm](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/report2001/index.htm).
9. Drei Fünftel tschechischer Unternehmen haben keine Strategie gegenüber der EU (tschech.), CTK (Tschech. Presseagentur), 12.2.2002.
10. Der Außenhandel der CR mit der EU war nie besser, im letzten Jahr mit einem Überschuss von 16 Mrd. CZK (tschech.), CTK, 27.1.2002.

### Weiterführende Literatur

- Lang, Kai-Olaf: Tschechische Position zur künftigen Gestalt der Europäischen Union. SWP-Studie S1/Januar 2002, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.
- Handl, Vladimír/Khol, Radek: Czech Attitudes Towards the ESDP, in Hans-Georg Ehrhart (Hrsg.): Die Europäische Sicherheit- und Verteidigungspolitik, Baden-Baden 2002, S. 113-127.
- Drulák, Petr (Ed.): National and European Identities in EU Enlargement, Institute of International Relations, Prague 2001.
- Larischová, Kristina: Vorsichtiger Optimismus in Tschechien, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 1-2/2002, Bonn 2002.
- Pöschl, Josef: Czech Republic: Upswing on hold?, in: Pöschl, Josef et al.: Transition Countries Face Up to Global Stagnation: Is it Catching?, WIIW Research Report No. 283, February 2002 S. 48-51.
- Pradetto, August/Linz, Oliver (Hrsg.): Ostmitteleuropa zwischen regionaler Kooperation und europäischer Integration, Institut für Internationale Politik, Hamburg 2002.